

Zeitschrift: Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES

Band: 94 (2003)

Heft: 1

Rubrik: Panorama

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konsumentenschutz beim E-Shopping

Der Schweizer Bundesrat will die Konsumenten beim Online-Einkauf besser schützen. Dazu soll u.a. das Bundesgesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr an das europäische Recht angepasst werden. Das EJPD wurde entsprechend beauftragt, eine Botschaft auszuarbeiten.

Mit dem neuen Gesetz will sich der Schweizer Bundesrat näher an den Verbrauchern orientieren und Defizite beim schweizerischen Vertragsrecht im Zusammenhang mit Fernabsatzverträgen abbauen, die sich bei zunehmenden grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen immer stärker bemerkbar machen.

Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist es tatsächlich nicht verständlich, weshalb der gleiche Schweizer Anbieter seine Güter und Dienstleistungen in der Schweiz nach weniger konsumentfreundlichen Grundsätzen als im nahen Ausland vermarkten kann.

Auf der anderen Seite bemängeln Kritiker, dass mit dem Recht, Fernabsatzverträge innert sieben Tagen widerrufen zu können, eine ungerechtfertigte Gleichsetzung des Online-Vertragsabschlusses mit Haustürgeschäften entstehe, ohne dass Konsumenten einem besonderen Zwang ausgesetzt seien. – Quelle: www.admin.ch

Pauschalgebühren für DVD

Seit Anfang Jahr werden 4,7-GB-DVD-Rohlinge auf Grund des Entscheides der Eidgenössischen Schiedskommission mit 2 Franken – und dies unabhängig von ihrem Verwendungszweck – belastet. Die Belastung erfolgt, obschon bereits technische Möglichkeiten wie etwa das DRM (Digital Rights Management) zur Verfügung stehen, die eine individuelle

Abrechnung der Urheberrechtsnutzung ermöglichen. Entsprechend wird der Entscheid von Seiten des Swico scharf kritisiert. – Quelle: Swico



Preisauflage: 2 Franken müssen pro 4,7-GB-DVD-Rohling mehr bezahlt werden. (Foto Sz)

Java: Next Generation

Der von 50 führenden Unternehmen der Mobilfunkbranche gemeinsam entwickelte Standard «Mobile Information Device Profile» (MIDP 2.0) liegt seit Ende 2002 vor.

Er unterstützt neue und erweiterte Applikationen in den Bereichen Spiele, Grafik, Video, Audio, Sicherheit sowie zahlreiche weitere Funktionen für Mobiltelefone und PDA. Verbesserungen sind u.a. bei der Sicherheit zu erwarten, da das End-to-End-Sicherheitsmodell von MIDP 2.0 HTTPS unterstützt und die vorhandenen Standards wie SSL und WTLS zur Übertragung verschlüsselter Daten nutzt.

Auf Interesse dürfte auch die Push-Architektur des MIDP 2.0 stossen. Sie beinhaltet ein Server-Push-Modell zur Registrierung von MIDlets (abgeleitet von MID: Mobile Information Device, ein Java-Programm, das auf Mobilgeräten wie Handy oder Handhelds ablaufen kann), die aktiviert werden, sobald ein Gerät Informationen von einem Server erhält. Dadurch können Entwickler die ereignisgesteuerten Fähigkeiten von Geräten und Netzen nutzen und über einen Standardansatz in MIDP-Applikationen Warnhinweise, Mitteilungen und Nachrichten einbinden. Zu-

künftig sind so in Mobilapplikationen aktuelle Nachrichten, Börsendaten, Online-Auktionen und Echtzeitmitteilungen abrufbar. – Quelle: www.sun.ch

Energieeffizienz von Computer-Netzgeräten

In einer im Auftrage des Bundesamts für Energie durchgeführten Studie wurde der Wirkungsgrad von Netzgeräten für Computer untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass er bei einer Auslastung der Netzgeräte von über 20% zwischen 60% und 80% liegt. Bei tieferer Auslastung sinkt der Wirkungsgrad rasch ab. Im praktischen Betrieb von PCs (Arbeitspunkt «ruhender Bildschirm») wurden Auslastungen der Netzgeräte zwischen 14% und 25% und ein durchschnittlicher Wirkungsgrad von 66% gemessen.

Für die ganze Kette von 230 V Wechselspannung bis hinunter auf das benötigte Spannungsniveau auf der Ebene der Prozessoren von 1,5 V Gleichspannung resultiert damit ein Gesamtwirkungsgrad von etwa 50%.

Die wichtigsten technischen Massnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz der Stromversorgung von elektronischen Geräten sind:

- Verwendung eines an den Leistungsbedarf des Endgerätes angepassten Netzgerätes, das bei einer Auslastung von 50% und mehr betrieben wird
- Separat ausgelegte energieoptimierte Stromversorgung für den Bereitschafts- oder Standby-Zustand

Das technische Stromeinsparpotenzial dieser beiden Massnahmen liegt für PC bei einem Drittel des heutigen Stromverbrauchs.

Auf politischer Ebene empfiehlt die Studie einerseits die Einführung einer Energiedeklaration für Netzgeräte und andererseits eine Verschärfung der

Anforderungen an den maximalen Leistungsbezug der Geräte im Bereitschafts-, Standby- und Aus-Zustand. Ferner sollten ähnliche Anforderungen für den Leistungsbezug im On-Zustand ausgearbeitet werden. – Quelle: Forschungsprogramm Elektrizität, www.electricity-research.ch



Rund ein Drittel des Stromverbrauchs liesse sich durch das Ausschöpfen des technischen Stromeinsparpotenzials bei PCs einsparen. (Foto Sz)

Verschärfung bei Umweltzeichen Blauer Engel für Bürogeräte

Die Jury Umweltzeichen hat die Vergabegrundlagen für das RAL-Umweltzeichen, – sicherlich besser unter dem Namen «Blauer Engel» bekannt – für Arbeitsplatzrechner, tragbare Computer und Bildschirme hinsichtlich des Energieverbrauchs verschärft.

Das RAL-UZ 78 für Arbeitsplatzrechner verlangt seit Anfang Jahr für die Systemeinheit eine Leistungsaufnahme im Bereitschaftszustand (Low Power Mode bzw. Sleep Mode) von maximal 5 W, was eine markante Senkung der Anforderungswerte um rund 25 W bedeutet. Im Betriebszustand «Schein-Aus» (Off Mode) sind maximal 2 W zulässig.

Auch bei den tragbaren Computern (RAL-UZ 93) wurde die maximale Leistungsaufnahme im Bereitschaftszustand gesenkt; sie ist nun mit derjenigen für Arbeitsplatzrechner identisch. Neu ist hier, dass auch eine Anforderung an das



Verschärfte Anforderungen beim Blauen Engel für Arbeitsplatzrechner, tragbare Computer und Bildschirme

Netzteil gestellt wird: im Leerlauf – Netzteil eingesteckt, jedoch Rechner nicht angeschlossen – darf künftig nicht mehr als 1 W konsumiert werden.

Bei den CRT-Bildschirmen (RAL-UZ 78) wurden die Grenzwerte nicht geändert. Neuerdings sind aber auch Flachbildschirme einbezogen. Der Grenzwert für den Bereitschaftszustand von LCD-Bildschirmen liegt bei 3 W.

Ebenfalls höhere Anforderungen werden an Systemeinheiten und tragbare Computer hinsichtlich geringerer Geräuschemissionen gestellt.

Detaillierte Vorgaben können unter www.blauer-engel.de abgerufen werden. – Quelle: Umweltbundesamt Berlin

Verschärfung der Anti-Hacker-Gesetzgebung in der EU

Der Rat der Europäischen Union plant Sicherheitsprüfern im IT-Bereich und gutwilligen Hackern bald dieselben Strafen wie Cyberterroristen aufzuerlegen.

Diese Absichten lassen sich einer Stellungnahme zum umstrittenen Rahmenbeschluss der EU-Kommission zu Angriffen auf Informationssysteme entnehmen (www.coe.int/de). Darin plädiert die Vertretung einiger EU-Mitgliedstaaten in Brüssel für eine gravierende Verschärfung des Kommissionsvorschlages, indem sie aus einem der Kernparagrafen der Vorlage, dem Artikel 3, das Privileg für Security-Experten zum freien Testen von Systemen hat streichen lassen.

Auf das Eindringen in Informationssysteme sollen ein bis zwei Jahre Gefängnis stehen; zusätzlich oder alternativ können die Mitgliedstaaten Geldstrafen verhängen. Laut Plan des Rates stehen auf das Cracken oder Stören von IT-Systemen im Rahmen einer kriminellen Organisation oder in Fällen, in denen ein Angriff auf kritische nationale Infrastrukturen zielte oder substanziellen ökonomischen oder physischen Schaden anrichtete, mindestens zwei bis fünf Jahre Gefängnis.

Als Umsetzungsfrist für die strafrechtlichen Vorgaben ist der 31. Dezember 2003 im Gespräch. – Quelle: www.softnet.ch

Public Wireless LAN

Seit Ende 2002 ist Public Wireless LAN bei Swisscom Mobile für die drahtlose Nutzung von Internet und Intranet an rund 100 stark frequentierten Orten (Hotspots) in der Schweiz verfügbar. Unter den rund 100 Hotspots befinden sich Standorte wie die Bahnhöfe Bern und Genf, das Kultur- und Kongresszentrum Luzern sowie sämtliche Davoser Seminarhotels und die Sportzentren Davos und Letzigrund. Daneben ist der Zugang auf das Public Wireless LAN in einer grossen Anzahl führender Hotels möglich.

Weitere Standorte werden laufend erschlossen, die aktuelle Liste im Internet (www.swisscom-mobile.ch) wird wöchentlich aktualisiert: bis Ende 2003 soll die Anzahl auf 250 Standorte erweitert werden.



Drahtlose Kommunikation über das Public Wireless LAN ermöglicht einfachen Zugriff auf die Daten im Büro. (Foto Sz)

Obschon die Hotspots so gut wie technisch möglich vom Internet abgesichert sind, empfindet sich für die Übertragung sensibler Daten dennoch eine Verschlüsselung (z.B. über SSL oder VPN-Client), wie dies auch bei herkömmlichen Internet-Verbindungen üblich ist.

Einheitliche «Hotspot»-Aufkleber weisen auf die vorhandene Infrastruktur am Hotspot hin. Für die Nutzung genügt ein WLAN-fähiger Laptop oder Pocket PC: Nach dem Öffnen des Internet-Browsers erscheint automatisch die Startseite von Swisscom Mobile, auf der man sich gratis über die aktuellen Hotspots, die Bedienung und über den Hotspot selbst informieren kann. – Info: www.swisscom-mobile.ch

.NET-Kompetenzzentrum

Die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) hat Ende 2002 gemeinsam mit den Partnerunternehmen Microsoft, Siemens Building Technologies, bbv Software Services und Concurrent Engineering das europaweit erste .NET-Kompetenzzentrum an einer Hochschule eröffnet.

Es ist als nationale Informationsdrehscheibe rund um die .NET-Technologien von Microsoft konzipiert und bietet Studierenden und Unternehmen zahlreiche Dienstleistungen an. Dazu gehören Kurse über .NET, Programmierung und Entwicklung von .NET-Lösungen und beratende Tätigkeiten.

Als Ausbauschritt ist ein .NET-Nachdiplomstudium geplant. Durch die Einbindung der Studierenden in das Kompetenzzentrum eröffnet ihnen die HSR eine hervorragende Gelegenheit, die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten unmittelbar in der Praxis einzusetzen und sich in eine neue Technologie einzuarbeiten.

Im Rahmen des Kompetenzzentrums erhält die HSR zudem über das *Academic Alliance Program* von Microsoft Zugang zu den neusten Softwaretechnologien von Microsoft. Neben den entsprechenden Werkzeug-

gen für die Softwareentwicklung erhalten Dozenten und Studierende auch die Möglichkeit, kostenlos Microsoft-Kurse über .NET zu besuchen.

Das spezifische Know-how – etwa in *Mobile Computing*, *Enterprise Applications* oder *Embedded Systems* – der weiteren Partnerunternehmen fliesst in die Dienstleistungen des Kompetenzzentrums ein; zum Beispiel bei der Abwicklung von Entwicklungsaufträgen oder für Technologieabklärungen. Darüber hinaus unterstützen die Partner das Kompetenzzentrum mit Start-up-Beiträgen. – Info: www.hsr.ch

Ombudsstelle Mobilfunk

Seit dem 1. November letzten Jahres gibt es die neue Ombudsstelle «Mobilkommunikation und Umwelt». Die Institution wird zwar von den grossen Schweizer Telekommunikationsunternehmen finanziert, doch steht sie als unabhängige Stiftung unter der Aufsicht des Eidgenössischen Departements des Innern. Im Stiftungsrat haben verschiedene National- und Ständeräte sowie Vertreter der Telekom-Branche Einsitz. Als Ombudsstelle wirkt Ständerätin Erika Forster (FDP/SG). – Kontakt: Ombudsstelle Mobilkommunikation und Umwelt, www.omk.ch

Vereinheitlichung der Informatikausbildung in der Schweiz

Bis ins Jahr 2005 soll die gemeinsam vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und der Genossenschaft Informatik, Berufsbildung Schweiz (I-CH) anvisierte Reform der Informatikausbildung umgesetzt werden. Entsprechende Tests laufen bereits seit Mitte 2001 in verschiedenen Kantonen.

Dabei werden die Lehrinhalte der Grund- und Weiterbildung durchgehend modularisiert und die traditionelle Orientierung an Fächern in der Informatik durch die Orientierung an

(Handlungs-)Kompetenzen abgelöst – gefördert werden also die fachlichen, methodischen und sozialen persönlichen Ressourcen, die es ermöglichen, in einer bestimmten beruflichen Situation kompetent zu handeln. Über den Fortschritt der Reform informiert die 2 bis 3 Mal jährlich erscheinende Gratiszeitung «Reform der Informatik-Berufsbildung» (Bestellung unter ugo-merkli@i-ch.ch). – Quelle: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

Mobile Application Management (MAM)

Die Mobilkommunikation wird – wie bereits in den letzten zehn Jahren – auch in der Zukunft einen der grössten Wachstumsmärkte darstellen.

Mit den drei Schwerpunkten *Marketing und Betriebswirtschaft, Mobile Technologie* und *Applikationsentwicklung* bietet die Berner Fachhochschule ab Frühjahr 2003 das neue berufsbegleitende Nachdiplomstudium (NDS) *Mobile Application Management* an. Die Ausbildung soll die Studierenden befähigen, die Rolle aktiver Innovatoren in der Mobilkommunikation zu übernehmen und Applikationen im Kommunikationsumfeld planen und entwerfen zu können und erfolgreich in den Märkten zu implementieren.

Das NDS dauert vier Semester, und der erfolgreiche Abschluss berechtigt zum Titel «Nachdiplom Berner Fachhochschulen in Richtung *Mobile Application Management*». Die Studienleistungen werden nach dem europäischen Kreditpunktesystem (ECTS) bewertet. – Info: www.hta-be.bfh.ch

Bericht über Sonnenkollektoren-Markt

Das Forschungsprogramm *Energiewirtschaftliche Grundlagen (EWG)* des Bundesamts für Energie (BFE) hat die Studie «Marktpotenziale und Markt Hindernisse für die thermische Solarenergie» über die Förderung thermischer Solaranlagen zur Wassererwärmung veröffentlicht.

Eine im Rahmen dieser Studie durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt, dass sich ein Drittel der derzeitigen und zwei Drittel der künftigen Einfamilienhausbesitzer den Einbau einer solchen Solaranlage vorstellen – derzeitige Eigentümer vor allem in Verbindung mit einer Gebäude- oder Heizungssanierung.

Bei den Haushalten sind Wissensdefizite über Kosten, Leistung und Zuverlässigkeit sowie Umtriebe beim Einbau von thermischen Solaranlagen die grössten Markt Hindernisse. Für die Anbieterseite andererseits ist es schwierig, an kompetente, neutrale Fachberater zu gelangen.

Die Studie formuliert verschiedene Massnahmen zur Förderung der Solarthermie wie etwa die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Transparenz über den gebäude- und wohnungsspezifischen Energieverbrauch pro Quadratmeter.

Sie sollen – soweit möglich und sinnvoll – im Rahmen von EnergieSchweiz umgesetzt werden. – Quelle: Bundesamt für Energie, www.energieschweiz.ch

Institut d'Énergie et Systèmes Electriques

L'IESE, l'Institut d'Énergie et Systèmes Electriques a été officiellement inauguré lors d'une manifestation qui s'est déroulée vers la fin de l'année passée à l'école d'ingénieurs du Canton de Vaud (EIVD) à Yverdon-les-Bains.

IESE s'est formé depuis 1996 au sein du département d'électricité et d'informatique E+I de l'EIVD.

A l'avenir, l'Institut IESE vise à centrer plus spécifiquement ses efforts et à devenir un pôle d'excellence dans les trois domaines énergétique électrique, systèmes électromécaniques et électronique de puissance. L'IESE poursuit quatre missions:

- la formation
- la postformation
- la réalisation des projets de recherche appliquée et de développement en collaboration avec l'économie privée

- la réalisation sur demande (expertises et mandats spécifiques).
- Contact: www.eivd.ch/iese

La Suisse romande et le programme SuisseEnergie

Les responsables du programme SuisseEnergie ont révélé que 23% (incl. canton de Berne env. 37%) des contributions globales attribuées par la Confédération aux cantons ou ca. 3 Mio. Frs (incl. canton de Berne ca. 4,8 Mio. Frs) sur un total de 13 Mio. Frs sont dépensés en 2002 dans les cantons romands. Ceux-ci ont amplifié ces fonds par un facteur de 4,5 pour des programmes cantonaux en faveur de l'utilisation rationnelle de l'énergie et des énergies renouvelables.

Afin de ne pas négliger les régions linguistiques minoritaires, la direction du programme a décidé que dans toutes ses activités nationales, 22% soient dépensés en Suisse romande. Actuellement 26% des 174 projets soutenus par le programme sont en Suisse romande. – Source: Office fédéral de l'énergie

L'ordonnance sur la responsabilité civile en matière nucléaire

Le Conseil fédéral a décidé de modifier l'ordonnance sur la responsabilité civile en matière nucléaire (ORCN). Par cette modification, la Confédération assume désormais la couverture du risque terroriste entre 500 millions et un milliard de francs. Après les événements du 11 septembre 2001, les assureurs privés ont réduit la couverture d'un tel risque à 500 millions de francs. – Source: Office fédéral de l'énergie

Können Terroristen Atombomben basteln?

Seit dem 11. September des vergangenen Jahres wird wieder häufiger über das Horrorszenario von Atombomben in den Händen von Terroristen ge-

sprochen. Ein Report der *Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* (HSFK) setzt sich eingehend und unserer Ansicht nach objektiv mit den durch die moderne Technik multiplizierten tödlichen Gefahren des Terrorismus auseinander.

Der Bericht mit dem Titel «Bio- und Nuklearterrorismus. Die kritische Analyse der Risiken nach dem 11. September 2001» ist im Internet unter <http://www.hsfk.de/downloads/rep1001.pdf> erhältlich. Die wichtigsten Aussagen werden im Folgenden wiedergegeben.

Die Möglichkeit, dass Terroristen Kernwaffen bauen können, wurde bisher für sehr unwahrscheinlich gehalten. Diese Ansicht muss – so der Bericht – zumindest überprüft werden. Die theoretischen Grundlagen des Bombenbaus sind heute öffentlich zugänglich. Auf der Ingenieurebene sind jedoch noch viele technische Details geheim. Wenn sich eine terroristische Organisation die für die Zündtechnik erforderlichen speziellen Fähigkeiten und Techniken aneignen will, benötigt sie die Deckung und den Schutz eines Staates, da die Experimente einige Jahre dauern und der Bevölkerung in einem freien Land kaum verborgen bleiben können. Prinzipiell sei es dem Bericht zufolge möglich, dass eine Terrororganisation die Zündtechnologie auch ohne Nuklearmaterial entwickle. Die grösste Hürde ist immer noch die Beschaffung des Nuklearbrennstoffs (Plutonium oder hochangereichertes Uran). Eine illegale Abzweigung in Staaten, die der Überwachung durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) unterliegen, würde mit grosser Wahrscheinlichkeit früh entdeckt.

Anders in Staaten, die Kernwaffen besitzen und die solchen internationalen Kontrollen nicht unterliegen; insbesondere in Russland sind offenbar die nationalen Massnahmen zur Materialsicherung und -buchhaltung unzureichend. Es hat bereits Diebstähle gegeben, und es könnte sein, dass sich Terroristen waffenfähiges Nuklearmaterial beschafft haben.

Auszuschliessen ist, dass eine Terroristengruppe das Material selbst herstellen kann. Es gibt aber einige immer wieder genannte Länder mit eigenen Kernwaffenaspirationen, die vielleicht einer Terroristenorganisation helfen oder geholfen haben könnten. Ob es religiösen Fanatikern gelingen könnte, Zugang zum Nuklearmaterial zu finden und dieses an Terroristen weiterzugeben, ist gemäss Report unbekannt.

Seit einigen Jahren vermehren sich – so der Bericht weiter – Hinweise auf Versuche Bin Ladens, sich Massenvernichtungswaffen zu beschaffen. Er hat sich explizit für die Beschaffung von Kernwaffen ausgesprochen und auch versucht, hochangereichertes Uran auf dem Schwarzmarkt zu kaufen. Er soll zudem versucht haben, sich komplette kleine Kernwaffen, so genannte Rucksackbomben, aus ehemaligen sowjetischen Beständen zu verschaffen. Dass ein Transport derartiger Bomben entdeckt wird, ist eher unwahrscheinlich.

Eine technisch sehr viel einfachere Variante von Nuklearterrorismus wäre die Nutzung einer radiologischen Waffe. Diese kann hochradioaktives Material mit Hilfe einer konventionellen Explosion verstreuen und damit Gebiete auf lange Zeit unbewohnbar machen. Ein viel diskutiertes Szenario ist auch der Absturz eines voll getankten Passagierflugzeuges über einem Kernkraftwerk. Allerdings müssten die Terroristen dann in der Lage sein, den Schutzmantel des Reaktors im Sturzflug senkrecht zu treffen und nicht nur zu streifen. Dies wäre weitaus schwieriger, als in ein hochstehendes Gebäude zu fliegen.

Es gibt einige Strategien zur Verminderung des Risikos. In erster Linie gehört hierzu internationale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Sicherheit des Nuklearmaterials in Russland. Es wird auch nötig sein, mit den drei De-facto-Kernwaffenstaaten Indien, Pakistan und Israel, zusammenzuarbeiten, um die Sicherheit ihrer Nuklearanlagen

und ihres -materials zu erhöhen. Die bisherigen Bedrohungsszenarien müssten überarbeitet werden. Sie haben nicht berücksichtigt, dass Terroristen Massenmord zum Ziel haben und zum Selbstmord bereit sein könnten. Es bietet sich an, mit der IAEO zu kooperieren, die an verschiedenen Aktivitäten zur Reduzierung der Risiken arbeitet. Die Entsorgung von Plutonium aus abgerüsteten Kernwaffen muss verstärkt vorangetrieben werden. Ein Problem ist auch die mangelnde Übersicht über die derzeit existierenden Kernwaffen. Ein Rüstungskontrollvertrag, infolgedessen auch die taktischen Kernwaffen erfasst und abgerüstet werden, würde das Risiko des Diebstahls vermindern.

EMC Zürich 2003

18.–20. Februar 2003

Für diese 15. Durchführung des Symposiums erwartet die ETHZ wiederum rund 800 Teilnehmer aus über 50 Ländern und von allen Kontinenten, die

sich mit Fragen aus dem Fachgebiet elektromagnetische Verträglichkeit (EMV) auseinandersetzen.

Über 130 fachspezifische Beiträge werden in Vorträgen, Diskussionsrunden und Foren – darunter auch wieder Industrie Foren, die praktische Fragen der Industrie aus Technik und Management streifen – behandelt. – Info: www.emc-zurich.ch/emc03

Informatikkurse an der ETH

Das Departement Informatik führt im Wintersemester 2003 (Februar bis Juni) wiederum verschiedene Fortbildungskurse im Informatikbereich durch – unter anderem rund um die Web Services. Wer sich zudem über weitere Fortbildungskurse, Nachdiplomstudien oder Nachdiplomkurse auf den verschiedensten Gebieten informieren möchte, findet eine stets aktualisierte Übersicht unter www.zfh.ethz.ch. – Info: bernard@inf.ethz.ch

Energieagentur Elektrogeräte eae

Gestützt auf das Energiegesetz kann der Bund mit privaten Organisationen Leistungsvereinbarungen abschliessen und so die Wirtschaft besser in die Zielsetzungen des Programms EnergieSchweiz einbinden.

Für den Bereich der elektrischen und elektronischen Geräte konnte Ende Mai 2002 ein Kooperationsvertrag zwischen der Energieagentur Elektrogeräte (eae) und dem Bundesamt für Energie (BFE) unterzeichnet werden, der bis 2006 die Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der eae festlegt.

In der eae sind neben dem Fachverband Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe (FEA) und dem Schweizerischen Wirtschaftsverband der Information-, Kommunikations- und Organisationstechnik (Swico) auch das Konsumentenforum (kf), die Schweizerische Licht Gesellschaft (SLG) und Electrosuisse vertreten.

Die Schwerpunkte der eae bilden die Projekte *Datenbank*, *Hotline* sowie *PR & Awareness* und *Statistik*. – Info: www.eae-geraete.ch Sz

Die Projekte der eae

Das Projekt Datenbank

Die eae erstellt eine Produktdatenbank für Konsumentinnen und Konsumenten, in der alle energierelevanten Daten – etwa von Kühl- und Gefriergeräten oder Waschmaschinen – enthalten sein werden.

Das Projekt Hotline

Über die Hotline 0848 777 888 der eae erhalten Konsumentinnen und Konsumenten Informationen über die Energieetikette für Haushaltgeräte und über das Label EnergyStar für Bürogeräte. Daneben vermittelt die Hotline auch Kontaktadressen hinsichtlich bestimmter Produkte und klärt Fragen rund um das energieeffiziente Verhalten.

Das Projekt PR & Awareness

Gezielte PR-Aktionen zur Förderung des Bewusstseins für Energieeffizienz bei Herstellern, Importeuren, Planern, Käufern und Nutzern von Elektro- und Elektronikgeräten in allen Phasen des Produktlebenszyklus.

Das Projekt Statistik

Die eae stellt dem Bundesamt für Energie (BFE) Daten für die Verkaufsstatistiken zur Abschätzung des Energieverbrauchs für die verschiedenen Gerätekategorien (Jahresverbrauch) und zur Abschätzung der Veränderung des Kaufverhaltens betreffend Energieeffizienz bereit. – Quelle: Energieagentur Elektrogeräte

Neuer Flyer über das Energiesparen

Im Rahmen des Projekts *PR & Awareness* hat die eae einen handlichen Flyer erstellt, der

dem Leser in knapper Form – und unter dem Motto «Energiesparen fängt beim Denken an» – die wichtigsten Tipps für das Energiesparen in Erinnerung ruft und einige nützliche Adressen auflistet. – Quelle: Energieagentur Elektrogeräte



Mit dem neuen Flyer soll auf die vorhandenen Energielabel aufmerksam gemacht werden. Bezogen werden kann der Flyer über die Hotline 0848 777 888.